Schmuggel

Teure Ermittlungen

Die Bundesregierung wehrt sich gegen EU-Vorschriften, unter denen deutsche Behörden leiden, wenn sie Schmuggler bekämpfen. Die Mitgliedstaaten müssen bei der Einfuhr von Waren in die EU Zölle erheben und an den Brüsseler Haushalt abführen. Es werden aber Ausnahmen gemacht, wenn die Erhebung der Zölle für den Staat unmöglich ist. Verdeckte Ermittlungen gegen Schmuggler, bei denen die Ware heimlich verfolgt wird, um an die Drahtzieher zu gelangen, fallen indes nicht unter diese Kategorie. Das führt dazu, dass die Mitgliedsländer regelmäßig Einfuhrabgaben für die geschmuggelten Waren entrichten müssen. Denn bei den Tätern ist meist nichts zu holen, sie sind oft zahlungsunfähig. Das Bundesfinanzministerium hat die EU-Kommission nun aufgefordert, solche Ermittlungen als Ausnahme anzuerkennen. „Die Betrugsbekämpfung findet im Interesse der EU statt“, heißt es in einem Schreiben des Ministeriums, es sei deshalb nur konsequent, dass die EU auch „für das mit den Ermittlungen verbundene Risiko einsteht“. aul

Pkw-Maut

Geheimdebatte über Einnahmen

In der CSU gibt es Zweifel an der Rentabilität der von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geplanten Pkw-Maut. In einer Vorstandssitzung im Mai forderten die Anwesenden von Dobrindt Aufklärung über die kalkulierten Einnahmen. Doch der CSU-Politiker blieb die Antwort schuldig. In das Konzept hat Dobrindt bislang nur Ministerpräsident Horst Seehofer und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann eingeweiht. In diesem überschaubaren Zirkel wird offenbar heftig debattiert, ob die erwarteten Einnahmen von rund einer Milliarde Euro pro Jahr durch die Maut realistisch sind. Dass die Jahresvignette, die Inländer mit Zahlung der Kfz-Steuern zugeschickt bekommen, etwa 100 Euro kosten soll, gilt als sicher. Die Bedingungen der befristeten Tages- oder Monatsvignette für Ausländer sind noch nicht festgelegt. Hier sehen die Befürworter der Pkw-Maut lukrative Gestaltungsmöglichkeiten, da Reisende das Ticket möglicherweise mehrmals im Jahr erwerben müssten. cnm



Greenpeace

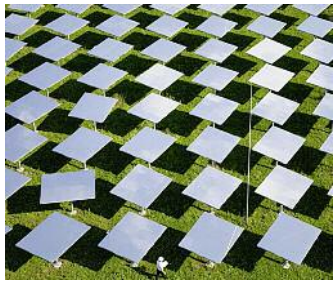
Mitarbeiter verursacht Millionenverlust

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace wird von einem Finanzskandal erschüttert. Ein Mitarbeiter in der Greenpeace-Zentrale in Amsterdam verlor bei Währungsgeschäften insgesamt 3,8 Millionen Euro. Das Geld stammte aus Spenden, die von finanzstarken Greenpeace-Länderorganisationen wie der deutschen an die Zentrale in Holland überwiesen werden. Bei Termingeschäften setzte ein Mitarbeiter der Finanzabteilung auf sinkende Eurokurse. Doch es kam schließlich ganz anders. Dem Mitarbeiter sei eine „ernsthafte Fehleinschätzung“ unterlaufen, und man habe ihn mittlerweile entlassen, sagt Mike Townsley von Greenpeace International. Derzeit laufen noch weitere Untersuchungen, wie es zu diesem Millionenverlust kommen konnte. Als Ursache habe man auch Organisationsfehler im internen Kontrollsystem entdeckt. Diese seien mittlerweile aber behoben, versichert Townsley. Derzeit schließt die Umweltorganisation aus, dass sich der betreffende Finanzexperte persönlich bereichern wollte. Auch Korruption sei nicht im Spiel gewesen. „Wir können uns bei unseren Mitgliedern nur entschuldigen und auf ihr Verständnis dafür hoffen, dass auch unsere Organisation und unser Personal nicht frei von Fehlern sind“, sagt der Greenpeace-Sprecher weiter. Der Verlust sei gravierend, aber nicht existenzbedrohend. Die Gelder waren bestimmt für jene Länderorganisationen, die sich noch im Aufbau befinden. Aktuelle Kampagnen der Öko-Aktivisten, so Townsley, seien nicht gefährdet. Greenpeace International verzeichnete im letzten vorgelegten Jahresbericht von 2012 Einnahmen von rund 270 Millionen Euro, das meiste davon Spenden der knapp drei Millionen Unterstützer. gt

Energie

Solarausbau verlangsamt sich

Deutschland wird seine Ziele für den Einbau von Fotovoltaikanlagen in diesem Jahr nicht erreichen. Das legen die noch unveröffentlichten Zahlen der Bundesnetzagentur nahe. Demnach wurden auf deutschen Dächern bis Ende Mai lediglich Solarpanels mit 818 Megawatt Leistung installiert, ein Rückgang von 45 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bis zum Ende des Jahres werden damit deutlich weniger als die von der Bundesregierung angestrebten 2500 Megawatt Sonnenstrom-Kapazität hinzukommen, schätzt der Bundesverband der Solarwirtschaft. gt



FOTOS: ODD ANDERSEN / AFP (O.); RUPERT OBERHÄUSER / CARO (U.)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel